



Innenpolitische Probleme Putins

Gewalttätige Kriegsheimkehrer

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

Mai 2026

Zusammenfassung

Schätzungsweise eine Million Soldaten sind vom Ukraine-Krieg nach Russland zurückgekehrt. Die Bevölkerung hat kein Mitleid mit den ehemaligen Vertragssoldaten, die zum Teil frühere Straftäter sind, die sich durch den Militärdienst freigekauft hatten. Selbst Menschen, die Putin unterstützen, wollen mit ihnen wegen ihres enormen Gewaltpotentials nichts zu tun haben. Der russische Inlandsgeheimdienst FSB, dem Mitte letzten Jahres die Internetüberwachung übertragen worden war, führte schnell deutliche Online-Beschränkungen durch, welche die Bevölkerung und die Geschäftswelt verärgern und die kaum politische Unterstützung finden. Hardliner, Militärblogger, ehemalige Separatistenführer und einflussreiche Influencerinnen, die den Ukraine-Krieg 2022 verteidigt und propagandistisch abgesichert hatten, kritisieren ihn und den russischen Präsidenten Wladimir Putin nun öffentlich.

ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.

Analyse

Laut einem Online-Briefing der Deutschen Sacharow-Gesellschaft von Mitte April sind schätzungsweise knapp eine Million Soldaten vom Ukraine-Krieg nach Russland zurückgekehrt.¹ Nach Meinung des russischen Journalisten Andrej Kolesnikow, der in Moskau geblieben ist und weiterhin für die kremelkritische Zeitung *Nowaja gaseta* tätig ist, der am 5. September 2022 von einem Moskauer Gericht die Drucklizenz und die Webseitenlizenz entzogen worden war, reiche weder das Geld im Staatshaushalt aus, noch sei der Markt darauf vorbereitet, alle diese ehemaligen Kämpfer in das zivile Leben zu integrieren. „Die Regierung sieht dieses Problem, weiß aber nicht, was sie tun soll“, so der Journalist.

Diese *SWOschniki* (nach der russischen Abkürzung für den Ukraine-Krieg *SWO*) genießen vorerst diverse Privilegien: Sie erhalten Kredite zu besseren Bedingungen und gebührenfreie Studienplätze für ihre Kinder. Laut Umfragen des Lewada-Zentrums, das 2016 vom russischen Justizministerium als „Ausländischer Agent“ eingestuft wurde, zollt die Bevölkerung zu 60 % den Zurückkehrenden zumindest öffentlich nach außen hin Respekt.² 40 % erwarten „zunehmende Konflikte und Kriminalität“ von ihnen. Russischen Medien berichten über Gewalttaten, die Rückkehrer verüben, für die sie oft nicht belangt werden. Die Kriegsheimkehrer wiederum beklagen das unterkühlte Verhältnis vieler Menschen ihnen gegenüber.

- *Kein Mitleid für Vertragssoldaten*: Der in Wien lebende russische Politologe Kirill Rogow analysiert, dass die Bevölkerung die rückkehrenden Soldaten in erster Linie als eine Armee von Söldnern betrachtet, für die sich das gesellschaftliche Mitgefühl in Grenzen halte. Bei Vertragsunterzeichnung bekommen sie 1,5 Mio. Rubel (17.000 €). Ihr Sold ist doppelt so hoch wie das mittlere Einkommen. Bei schweren Verletzungen oder sogar dem Tod gibt es hohe Kompensationszahlungen. „In jeder russischen Familie gab es die Diskussion: Schicken wir unseren Sohn für Geld in den Krieg oder nicht?“, so Rogow. Weiter: „Putins Propaganda über einen großen Kampf gegen den Faschismus ist Fiktion, und die Leute wissen das. Sie wissen, dass es nicht ums Überleben ihres Landes geht, sondern um Geld.“
- *Rückkehrer können nicht Fuß fassen*: Der in Tbilissi lebende russische Schriftsteller Iwan Filippow stellte nach Auswertung von hunderten Telegram-Kanälen fest, dass viele Kriegsrückkehrer keine Arbeit fänden. „Sie gelten als Sicherheitsrisiko, als Unberechenbare, die stehlen, schlagen, vergewaltigen.“ Die Journalistin Olesja in einer größeren Stadt im Ural, die ihren Familiennamen nicht nennen möchte, sagt: „Selbst Menschen, die Putin unterstützen, wollen mit den Männern, die von der Front kommen, nichts zu tun haben.“
- *Einsamkeit und Hass auf die Daheimgebliebenen*: Laut Filippow äußerten in den Telegram-Kanälen Soldaten „blanken Hass“ auf jene, die „friedlich leben, die jeden Tag ihre Frauen und Kinder sehen“, während sie selbst „durch die Hölle“ gingen. Olesja berichtet von Soldaten, die freiwillig erneut an die Front gehen, weil sie im normalen Leben nicht Fuß fassen können.
- *Enormes Gewaltpotential nach Kriegsende*: Dazu kommen laut Filippow Spannungen der Zurückkehrenden untereinander unter folgenden Gruppen: Die zum Beginn des Krieges 200.000 Zwangsrekrutierten erhielten keinen hohen Sold und keine Werbungszahlungen. Die anderen sind die Straftäter, die sich mit dem Kriegsdienst aus dem Gefängnis freigekauft haben. Und die ihren Kommandeuren Rache-schwörenden, weil sie ihnen teilweise horrenden Bestechungsgelder zahlen mussten, um nicht in einen

¹ <https://sacharow.de/kriegsheimkehrer-briefing-2026>

² <https://www.levada.ru/2026/01/21/kak-obshhestvo-otnositsya-k-uchastnikam-svo/>



Sturmangriff und damit in den sicheren Tod geschickt zu werden. In dem Sacharow-Bericht heißt es zum Schluss: „Was die verschiedenen Gruppierungen der Rückkehrer eint, ist ihr Gewaltpotential. Viele haben in der Ukraine gelernt, wie man aus einfachsten Mitteln tödliche Waffen baut, haben durch die Kameras ihrer Drohnen sehenden Auges Dutzende Menschen getötet.“

Online-Beschränkungen

Wie der Kampf um das Internet das russische Regime verändert, untersuchte die in Paris lebende Politikwissenschaftlerin Tatjana Stanowaja am 21. April. „Zuerst wurden die mobilen Internetverbindungen abgeschaltet (angeblich zum Schutz des Landes vor ukrainischen Drohnen), dann wurde der Messenger-Dienst Telegram gesperrt und Druck auf die Bevölkerung ausgeübt, den einheimischen Konkurrenten MAX zu nutzen, und es gab eine Kampagne gegen die Nutzung von VPN.“ Was die Menschen besonders ärgerte war, dass die Online-Beschränkungen so schnell eingeführt wurden. Hinzu kommen noch regelmäßige Internetausfälle infolge ukrainischer Drohnenangriffe.

Die Online-Beschränkungen gingen vom Inlandsgeheimdienst FSB aus, nachdem ihm die Internetüberwachung Mitte letzten Jahres übertragen worden war. Sie finden kaum politische Unterstützung, und selbst viele, die an der Umsetzung der Sperren beteiligt sind, stehen ihnen kritisch gegenüber. Durch Beamte niedriger Ränge sei es zu „vorsichtiger Sabotage“ gekommen, bei Geschäftsleuten zu Murren und gelegentlich zu Panik.

Im kommenden September wird in Russland das Parlament, die Staatsduma, neu gewählt. Die gesamte staatliche Wahl- und Politikkommunikation läuft über Telegram. Für die Wahl ist Sergej Kirijenko, Erster Stellvertreter der Präsidentschaft, verantwortlich. „Kirjenkos Team ist insbesondere unzufrieden mit der Unberechenbarkeit, den begrenzten Einflussmöglichkeiten und dem Ausschluss von Entscheidungen, die die öffentliche Wahrnehmung der Machthaber prägen.“

Inzwischen sei laut der Sonderkorrespondentin von *The Bell* (führender russischer unabhängiger Wirtschaftsnachrichtendienst), Maria Kolomytschenko, ein Machtkampf um die jüngsten Initiativen des FSB entbrannt.³ Kontrahenten seien Alexej Sedow, Generaloberst der Polizei, Leiter des Dienstes für den Schutz des Verfassungssystems und die Bekämpfung des Terrorismus des FSB (seit März 2006) auf der einen Seite und Ministerpräsident Michail Mischustin auf der anderen Seite, dessen Protegé der Minister für digitale Entwicklung Kontrolle, Kommunikation und Massenmedien, Maksut Schadajew, ist, der einen weniger destruktiven Ansatz zur vollständigen Kontrolle des Internets vorschlägt.

Risse im bislang Putin-treuen Lager

Hardliner, Militärblogger, ehemalige Separatistenführer und einflussreiche Influencerinnen, die den Ukraine-krieg 2022 verteidigt und propagandistisch abgesichert hatten, kritisieren ihn nun öffentlich⁴:

- **Anwalt und Blogger Ilja Remeslo** (120.000 Abonnenten auf seinem Telegram-Kanal) veröffentlichte am 17. März 2026 ein Manifest unter dem Titel „Fünf Gründe, warum ich aufgehört habe, Wladimir Putin zu unterstützen“. Er bezeichnete Putin als „illegitimen Präsidenten“, „Kriegsverbrecher“ und „Dieb“. Er warf dem Staatschef vor, Russland in einen "Sackgassenkrieg" gegen die Ukraine gestürzt zu haben, der Millionen Opfer fordere, die Wirtschaft ruiniere, die Internet- und Medienfreiheit ersticke und das Land insgesamt zerstöre. Schließlich forderte er den Rücktritt Putins und ein Tribunal, so im Bericht von NTV.

³ <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/04/russia-elites-internal-conflict>

⁴ <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/04/russia-internet-crackdown>

Wie zu Sowjetzeiten wurde er in eine psychiatrische Klinik in St. Petersburg eingewiesen, aus der er nach einem Monat wieder freikam, um seine Kritik fortzusetzen und um die Beschreibung der Zustände in der Klinik zu erweitern.

- Ehemaliger Anführer der „Volksrepublik Donezk“ *Pawel Gubarew* (ließ sich 2014 zum „Volksgouverneur“ ausrufen) distanzierte sich in einem Interview scharf von Putin, den er als „Zufallsfigur“ und „Puppe“ bezeichnete. Gubarew sprach von katastrophalen Verlusten, fehlenden klaren Kriegszielen und der Ausbeutung der besetzten Gebiete durch eine korrupte Elite. Inzwischen wurde er wegen "Diskreditierung der Streitkräfte" belangt.
- Ehemaliger glühender Kriegsbefürworter und bekannter Militärblogger *Jurij Podoljaka*: Nun lobte er die Kampfkraft der ukrainischen Armee, warnte vor dem Scheitern der geplanten russischen Frühjahrs-offensive und prognostizierte hohe russische Verluste bei einer Fortsetzung der Angriffe.
- Influencerin *Viktorija Bonja* (Millionen Follower auf Instagram) veröffentlichte Mitte April ein 18-minütiges Video direkt an Putin, in dem sie erklärte: "Das Volk hat Angst vor dir, Blogger, Künstler und Gouverneure haben Angst vor dir." Doch irgendwann könnten die Menschen „nicht mehr Angst haben“ und wie eine „gespannte Feder“ zurückschlagen. Putin sei allerdings ein „starke Politiker“, der nur schlecht informiert werde. Das Video erreichte 26 Mio. Aufrufe.
- *Gennadij Sjuganow*, Vorsitzender der „Kommunistischen Partei der Russischen Föderation“, warnte am 21. April in der Staatsduma: „Wenn die sozial-ökonomische Politik nicht geändert wird, könnte das Land mit einer Wiederholung der Ereignisse des Herbstes 1917 konfrontiert werden.“⁵ Gemeint war die Oktoberrevolution, die zur Machtergreifung Lenins im Russland führte.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des West-Ost Institut Berlin und Vorstandsvorsitzender von Patrons of the Arts and Sciences e.V. (the-patrons.eu)".



⁵ <https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/04/russia-internet-crackdown>